

Jürgen Bussiek



Mut zur Zukunft

Denk ich an Deutschland in der Nacht....



Meinen Enkelkindern
mit den besten Wünschen für
eine glückliche Zukunft
in einem
lebenswerten und liebenswerten Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Mut zur Zukunft

Geschichtlicher Rückblick

Macht und Staaten in Europa

Revolutionäres Zeitalter in Europa

Neuordnung Europas und Deutschlands

Reichsgründung und Europa bis 1890

Deutsche und europäische Entwicklung nach Bismarck

Jahrzehnte der Weltkriege

Nachkriegsentwicklung

Friedliche Revolution und das wiedervereinigte

Deutschland

Deutschland im 21. Jahrhundert

Gestaltung der Zukunft

Selbstverständnis einer Bürgergesellschaft

Reform des politischen Selbstverständnisses

Bürgerengagement

Die Wirtschaft

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Umwelt- und Energiepolitik

Familienpolitik

Bildungspolitik

Finanzpolitik

Innenpolitik

Europapolitik

Europäische Währungsunion

Außen- und Verteidigungspolitik

Schlussbetrachtung

Mut zur Zukunft

Mut zu Zukunft heißt, die Realitäten erkennen und den Nebel der Illusion zerreißen, dass die politischen Halbgötter es schon richten werden. Mut zur Zukunft heißt, nicht mehr nach der Pipi Langstrumpf-Logik leben, „ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“. Mut zur Zukunft heißt, Mut zu Einigkeit und Recht und Freiheit: einig zu sein, in der Bewahrung unserer Kultur mit ihren Werten und unserer Lebensweise; das Recht wahrzunehmen, dass alle Macht vom Volke ausgeht; die Freiheit gegen die staatlich alimentierte Unmündigkeit einzutauschen.

Wenn wir diesen Mut nicht aufbringen, wenn wir die Verantwortung für die Zukunft Deutschlands anderen überlassen und uns nur unseren persönlichen Perspektiven widmen, wenn wir weiter leben nach dem Motto, nach uns die Sintflut, dann werden wir eines Tages in einem Deutschland aufwachen, von dem wir sagen: das haben wir doch nicht gewollt, das haben wir doch nicht gewusst; dann haben wir die Zukunft unserer Kinder verschlafen, verspielt, verzockt. Sind wir es unseren Kindern und Enkeln nicht schuldig, ihnen ein Deutschland zu hinterlassen, das lebens- und liebenswert ist?

Seit Jahren werden diverse Politikansätze diskutiert, wird über Reformen debattiert, Grundsätze werden formuliert und viel fabuliert. Wenn sich aber die Grundlagen unserer Gesellschaft nicht erheblich ändern, wird es für Diskussionen keine Möglichkeit mehr geben, weil eine unkontrollierte Entwicklung über Deutschland hinweggehen wird, der kein dauerhafter Gestaltungswille entgegengesetzt wurde.

Ein wirklicher Gestaltungswille setzt eine glaubwürdige Analyse voraus. Die beginnt mit einem ehrlichen Geschichtsbild, das bislang zu sehr von politischen

Intentionen verzerrt wurde, wie ausländische Historiker in den letzten Jahren in bemerkenswerter Klarheit aufzeigen. Es ist eine ehrliche Analyse von Fehlentwicklungen in den letzten Jahrzehnten erforderlich. Daraus müssen Antworten für die Zukunft gefunden werden, die nicht den Anspruch haben, alternativlos zu sein, sondern Bereitschaft zu anderen Wegen erkennen lassen.

Im Folgenden soll dieser Versuch gemacht werden. Es wird aufgezeigt, wie eine freie Bürgergesellschaft aussehen könnte, die mit Mut zur Zukunft diese selbst gestaltet.

Geschichtlicher Rückblick

Macht und Staaten in Europa

Die Demokratie ist keineswegs eine Errungenschaft der Neuzeit, geschweige denn das Verdienst einzelner Mächte. Schon im Altertum finden wir gut verfasste Demokratien. Nicht nur in Griechenland und in Rom hatten die Bürger ein Mitspracherecht, sondern auch das germanische Thing war eine Volks-, Heeres- und Gerichtsversammlung, auf der alle relevanten Fragen besprochen wurden. Die Stammesführer wurden gewählt – falls ihn das Königsheil verlassen hatte auch abgewählt und durch einen neuen ersetzt. In der sächsischen Ordnung wurde für Kriegszeiten ein Herzog gewählt, aber nach Ende des Krieges war seine Führungsstellung beendet.

Mit Beginn der Christianisierung begann dann die Allianz zwischen Kirche und staatlicher Autorität. Die Kirche legitimierte den Herrscher mit der Herrschaft von Gottes Gnaden und dieser sicherte der Kirche seinen Schutz zu. In Kontinentaleuropa entwickelte sich im Westen das zentral regierte französische Königreich mit Paris als Machtzentrum, in dem Ludwig XIV. den Absolutismus in klarster Form ausbaute. *L'état c'est moi* – der Staat bin ich. Im Osten entstand ein mächtiges russisches Zarenreich, das im Konzert in Europa mitspielen wollte und auch absolutistisch regiert wurde.

In Mitteleuropa hatte sich im germanisch/deutschen Teil das Heilige Römische Reich Deutscher Nation entwickelt, nach außen repräsentiert durch einen Wahlkönig später Wahlkaiser, der von den Kurfürsten gewählt wurde, bei dem aber die Erbfolge und die kirchliche Legitimation eine maßgebliche Rolle spielte. Die ursprünglich starken Kaiser verloren im Laufe der Jahrhunderte an Macht. Im letzten

Drittel des 18. Jahrhunderts bestand dieses Reich mit dem Kaiser in Wien als Oberhaupt im Gegensatz zu Frankreich und Russland aus einem Flickenteppich von 314 größeren oder kleineren Fürstentümern und ca. 1500 freien Rittersitzen; eine Fülle von Deutschländern - les Allemagnes - deutschsprachiges Niemandsland zwischen Maas und Memel, Etsch und Belt. Dieses Machtvakuum in der Mitte Europas zu erhalten wurde traditionelle Politik der umgebenden Mächte seit dem 30-jährigen Krieg. Darum wurde auch das sich entwickelnde Preußen als störend für die Vormachtstellung der anderen Mächte empfunden. Die Bedrohung durch die alten Mächte zwang Preußen daher dazu, immer militärisch stark zu sein, um nicht von den Nachbarstaaten erdrückt zu werden. Trotzdem oder gerade deshalb war Preußen im 18. und 19. Jahrhundert der Staat mit den längsten Friedensperioden und wenigsten Kriegen. Auch die Preußenkönige verstanden sich als absolutistische Herrscher, aber im Gegensatz zu Frankreich nicht zum eigenen Vorteil sondern im Dienst des Staates, als 1. Diener des Staates (Friedrich II, der Große). Obwohl er Frankreich bewunderte, herrschte im Gegensatz zu Paris am Hofe kein Prunk mit glanzvollen Festen sondern strikte Sparsamkeit. Die preußischen Könige kannten keine Ideologie und zeichneten sich durch Toleranz gegenüber Fremden und ausländischen Einflüssen aus, z. B. Hugenotteneinwanderung aus dem intoleranten Frankreich. Auch die Fürsten lebten nicht wie in Frankreich am Hofe des Königs sondern auf Ihren Besitzungen. So entstand trotz absoluter Machtansprüche eine Verbundenheit zwischen Volk und Herrscher.

Revolutionäres Zeitalter in Europa

Als sich die Aufklärung im Bürgertum breiten Raum verschaffte, brach zuerst im autoritären Frankreich eine Revolution aus (14. Juli 1789 Sturm auf die Bastille). Die Forderung Liberté (Freiheit), Egalité (Gleichheit) und Fraternité (Brüderlichkeit) fanden aber auch in den deutschen

Ländern Gehör. Freiheit war allerdings ein alter Wert. Schon bei den Germanen war der freie Mann das Ideal. Die Germanen verteidigten die Freiheit ihres Stammesgebietes über Jahrhunderte gegen die Römer. Karl der Große konnte erst nach mehrjährigen Kämpfen den Freiheitswillen der Sachsen brechen. Luther focht mit seinen 30 Thesen zur Freiheit des Christenmenschen für die Freiheit des Individuums, ausgedrückt als Glaubens- und Entscheidungsfreiheit, und legte damit den Grundstein für die Aufklärung. Doch setzte er der Freiheit Grenzen durch „die Dienstbarkeit gegenüber jedermann“. Friedrich der Große bezeichnete in seinem ANTIMACHIAVELL die Freiheit als unzertrennlich von unserem Wesen: „denn wie wir ohne Ketten geboren sind, so wollen wir auch ohne Knechtschaft leben.“ Auch gilt er als Begründer der Meinungsfreiheit im gesetzlichen Rahmen: „räsoniert soviel Ihr wollt und worüber Ihr wollt, aber gehorcht den Gesetzen“. Diesen Grenzen unterwarf er sich auch selbst: „Ich habe nicht die Freiheit, mein Leben nach meinem Wunsch zu leben, die Pflicht zu dienen setzt meiner Freiheit Grenzen. Schiller gilt als der Freiheitsdichter schlechthin, aber auch er zieht moralische Grenzen und ist angeekelt von dem Terror der Jakobiner, bei denen die grenzenlose Freiheit zum Massaker ausartete und die junge Demokratie sich zu einer blutigen Gewaltherrschaft entwickelte. Über 1 Millionen Menschen starben durch die revolutionäre Justiz und Pogrome wegen ihrer Überzeugung, ihrer Abstammung oder, weil sie Reiche, Juden oder Deutsche waren.

Schließlich mündet die Revolution in die Diktatur von Napoleon, der als starker Mann wieder Recht und Ordnung herstellte und sich 1804 selbst zum Kaiser krönte. Trotzdem war er kein Restaurateur der alten Ordnung, sondern legte die Grundlagen für einen modernen Staat mit einer zentralistisch-bürokratischen Staatsverwaltung und dem Code Napoléon als gültiges Recht. Die Revolution, die militärischen Erfolge und die damit verbundene

Machtstellung in Europa führte in Frankreich zu einem Gefühl der Gemeinsamkeit, das Napoleon zu einem Nationalbewusstsein aufzuwerten wusste und in dessen Mittelpunkt er sich stellte. (Vive l'Empereur!). Auch nutzte er dieses Nationalgefühl zur Bildung eines ersten Volksheeres in der europäischen Geschichte. Dieses Volksheer musste nicht mehr durch Zwang zusammengehalten werden, sondern ermöglichte gelockerte, flexible Formationen und war so den zwangsrekrutierten Heeren der übrigen europäischen Mächte weit überlegen. Die militärischen Erfolge machten Frankreich zum mächtigsten Staat Kontinentaleuropas, die Grande Nation. Im Innern aber schränkte Napoleon die zunächst gewährten Freiheiten im Laufe der Jahre mehr und mehr durch polizeistaatliche Methoden ein.

Als Napoleon in die deutschen Gebiete einmarschierte, wurde er zunächst als Überbringer von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit begrüßt, der das Volk von der Herrschaft der Fürsten befreite. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerbrach nach tausendjähriger Reichsgeschichte endgültig durch die Bildung des Rheinbundes durch Napoleon (1806). Der Wahlkaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Franz II. legte seinen Kaisertitel ab, blieb aber als Franz I. Kaiser von Österreich. Doch schon bald wurde dem Volk deutlich, dass die absolute Herrschaft der eigenen Fürsten durch die ausbeutende Herrschaft eines fremden Eroberers ersetzt wurde. Im Volk regte sich mehr und mehr Widerstand.

Das völlig am Boden liegende Preußen wurde von Napoleon nur noch als erheblich reduzierter Pufferstaat zwischen den beiden großen Mächten Russland und Frankreich geduldet. Doch der Zusammenbruch bereitete den Boden für grundlegende Reformen. Der preußische Staat wurde durch die an freiheitlichen Gesichtspunkten orientierten Reformen des Freiherrn vom und zum Stein und des Freiherrn später Fürsten von Hardenberg zum modernsten Staat Europas. Steins Freund Scharnhorst - aus einer bäuerlichen Familie

stammend - reformierte zusammen mit von Gneisenau das Heer zu einem Volksheer. Das Bildungswesen wurde maßgeblich durch Wilhelm von Humboldt im Sinne des Neuhumanismus umgestaltet. Bei all den Reformen galt als Leitlinie, dem Vaterland und der Menschheit zu dienen. Die Nichtpreußen Stein und Scharnhorst, die Preußen maßgeblich gestalteten, strebten nicht eine Machtstellung Preußens, sondern die Befreiung Deutschlands an. Stein: „Ich habe nur ein Vaterland, das ist Deutschland“.

Nach diesen internen Veränderungen in Preußen gewann der Gedanke der Befreiung vom Joch Napoleons immer mehr an Gestalt. Als Friedrich Wilhelm III. am 17. März 1813 in seinem Aufruf „An mein Volk“ Preußen und Deutsche zum Kampf für ehrenvollen Frieden oder ruhmreichen Untergang aufforderte, strömten Männer aus allen Schichten in die Freikorps, während die Frauen „Gold für Eisen“ gaben. Die Uniformen waren altdeutsche Tracht; die Uniform des Freikorps Lützow war eine schwarzgefärbte Tracht mit roten Aufschlägen und goldenen Knöpfen:

Schwarz-Rot-Gold: die demokratischen, deutschen Nationalfarben.

Diesmal stand Napoleon ein Volksheer gegenüber, das nicht einem Herrscher diente, sondern die Freiheit für das eigene Volk erringen wollte. Nach Napoleons Niederlage in Russland und dem Kriegseintritt Österreichs fiel in der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 die Vorentscheidung. Nach einigen Monaten standen preußische, russische und österreichische Truppen vor Paris. Napoleon wurde in die Verbannung geschickt.

Ein bis dahin unbekanntes deutsches Nationalgefühl hatte sich in den Jahren der Unterdrückung und der darauf folgenden Befreiung entwickelt. Die Erwartungen des deutschen Volkes waren hoch. „Teutschland wolle eine Verfassung, die sichere, was das Volk mit seinem Blut erworben habe“, hieß es im Rheinischen Merkur. Aber durch den Wiener Kongress (1814/1815) wurde mit der

Wiedereinsetzung der Bourbonen in Frankreich und der Gründung des „Deutschen Bundes“ als Nachfolger des untergegangenen Reiches die Restauration alter Verhältnisse durchgesetzt. Die Hoffnung des deutschen Volkes auf nationale Einheit, für die es gegen Napoleon gekämpft hatte, wurde nicht erfüllt. Nicht nur die Fürsten drangen auf ihre traditionelle Selbständigkeit, sondern insbesondere die anderen Großmächte waren daran interessiert, dass in der Mitte Europas kein einheitlicher deutscher Staat entstand, sondern nur ein loser Staatenbund, in dem sogar England (für Hannover), Dänemark (für Holstein und Lauenburg) und die Niederlande (für Luxemburg) vertreten waren und sich Preußen und Österreich in ihrem Vormachtstreben gegenseitig neutralisierten. Das Volk war durch das jahrelange Blutvergießen und die Fremdherrschaft ermüdet und zu einem Aufbegehren nicht mehr fähig. Außerdem hatten die Reformen zumindest zu einer Befreiung der Wirtschaft (Ablösung des Merkantilismus durch die Marktwirtschaft nach den Vorstellungen von Adam Smith), zum Abbau verkrusteter Verwaltungsstrukturen und damit zu steigendem Wohlstand geführt. Man sehnte sich nach Ruhe und Frieden. Doch die Sehnsucht nach Einheit und Freiheit blieb erhalten und wuchs weiter.

Deutlich zum Ausdruck kam diese nationale Volksbewegung beim Wartburgfest (1817), als die studentischen Burschenschaften die Farben „Schwarz-Rot-Gold“ für ihren neugegründeten Verband übernahmen und beim Hambacher Fest (1832), das ganz im Zeichen der schwarz-rot-goldenen Fahnen stand. 1841 verlieh Hoffmann von Fallersleben im Exil der Sehnsucht nach einem einigen freien Deutschland Ausdruck mit seinem „Lied der Deutschen“. Dieses Lied erhob mit den Eingangszeilen „Deutschland über alles“ keine Eroberungsansprüche, sondern stellt die Einheit Deutschlands über die Vielstaaterei des Deutschen Bundes, die Liebe zu Deutschland über alles. Die Ausdehnung von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt entsprach damals

dem in viele Fürstentümer zersplitterten deutschen Sprachgebiet. Der liebevollen Beschreibung der deutschen Frauen, der Treue, des Weins und Sings der 2. Strophe folgt im Schlussvers die Forderung nach Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. Dass die demokratische Weimarer Republik, der keiner Machtstreben unterstellt, dieses Lied zu ihrer Nationalhymne erkor, zeigt den wahren Charakter des Liedes.

Die Restauration alter Machtverhältnisse konnte nicht von Dauer sein. In Frankreich wurden die Bourbonen wiederum gestürzt und vom „Bürgerkönig“ Louis Philipp abgelöst. Dieser wurde 1848 entmachtet und die Republik wieder ausgerufen. Präsident der neuen Republik wurde ein Neffe Napoleons. Der baute aber bald wieder diktatorische Strukturen auf und ließ sich durch ein Plebiszit zunächst zum Diktator, dann zum Kaiser Napoleon III. bestätigen.

In Deutschland war die Ausrufung der neuen Republik in Frankreich (1848) ein Fanal für die liberalen Kräfte. In vielen kleinen deutschen Staaten wurden Kabinette aus liberalen Honoratioren gebildet. Schwarz-Rot-Gold flatterte ohne großen Widerstand fast in ganz Deutschland. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. galt als phantasievoller, idealistischer Fürst und war repressiven Maßnahmen gegenüber ablehnend. Trotzdem wurde in Berlin das Militär zusammengezogen und es kam zu Straßenkämpfen. Der König wollte Blutvergießen vermeiden und kapitulierte, ein liberales Ministerium wurde gebildet. Der König ritt durch die Stadt - am Arm die schwarz-rot-goldene Armbinde - und wurde vom Volk umjubelt.

Am 18. März 1848 traten in der Paulskirche zu Frankfurt (am Main) 585 Vertreter des deutschen Volkes zu einer Nationalversammlung zusammen. Es war eine Versammlung der großen Namen des geistigen und freiheitlichen Deutschlands. Präsident der Nationalversammlung wurde Freiherr von Gagern, Sprecher der Liberalen. Doch die Debatten der Nationalversammlung verliefen ins Uferlose.

Immerhin verabschiedete man schließlich eine Verfassung nach freiheitlichen, amerikanischen und französischen Vorbildern, und es wurde eine Reichszentralgewalt mit einem Reichsverweser gebildet. Doch dieser hatte keine Macht. Bei einem nationaldeutschen Aufstand in Schleswig-Holstein musste man preußische Truppen um Unterstützung bitten. Das rief die ausländischen Mächte auf den Plan, die die Einheitsbestrebungen sehr misstrauisch beobachtet hatten. Britische Kriegsschiffe demonstrierten in der Nordsee Stärke, russische Truppen marschierten an der preußischen Ostgrenze auf, französische Gesandte forderten Bestandsgarantien für die deutschen Teilstaaten. Unter dem massiven Druck der europäischen Mächte zog Preußen seine Truppen zurück, so sehr das Parlament auch protestierte. Das war das Ende. Es kam zu einer Radikalisierung der Volksmenge, zwei konservative Abgeordnete wurden umgebracht, die Volksvertreter mussten von Bundestruppen (preußische und österreichische) befreit werden. Kronprinz Wilhelm, der zukünftige preußische König und spätere Kaiser schrieb dazu an General von Natzmer: „Wer Deutschland regieren will, muss es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht. Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiß Gott allein! Dass Preußen bestimmt ist, an die Spitze Deutschlands zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte, aber auf das wann und wie kommt es an.“

Ihm war bewusst geworden, dass Deutschland in der Mitte Europas nicht mit dem Wohlwollen der anderen Großmächte bei der Schaffung der Einheit rechnen konnte und daher selbst stark genug sein musste, um diese durchsetzen zu können.

Neuordnung Europas und Deutschlands

Die revolutionäre Zeit ging in der Erschöpfung der Völker zu Ende. Aber die Wirtschaft erholte sich. Eine rasante Entwicklung der Industrialisierung begann. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte verlagerten sich von den

landwirtschaftlichen Gebieten im Osten in die Industriegebiete im Westen, nicht ohne politische Folgen der Einflussnahme. Die adeligen Gutsbesitzer standen plötzlich mächtigen Industriellen gegenüber. Durch die Eisenbahn konnte zunächst die Wirtschaft über die Ländergrenzen hinweg zusammenwachsen. Der Deutsche Zollverein als gemeinsamer Markt war die Basis. Damit war auch ein erster praktischer Schritt zur Einheit getan. Die Gesellschaftsschichten wurden aufgebrochen. Aus Bauern und Handwerkern wurden Arbeiter in den Städten, die z. T. in fürchterlichem Elend dahinvegetierten, weil die Zuwanderung in die Städte nicht beherrschbar war. Verantwortungsbewusste Industrielle versuchten durch eigene Initiativen die Wohnungsnot zu lindern, z.B. die Bergarbeiter-Siedlungen, die noch heute begehrte Wohnquartiere sind.

Im politischen Raum blieben Veränderungen aus der revolutionären Zeit erhalten, parlamentarische Kräfte, deren Rechte in einer schriftlichen Konstitution festgehalten wurden. Der monarchistische Konstitutionalismus war die herrschende Verfassungsform in ganz Deutschland, wenn auch mit unterschiedlichen Ausprägungen in den einzelnen Ländern. Die Parlamente führten zu der Bildung von Associationen, Fractionen, Partheyen, die sich nach dem Fall des Parteienverbots zu Parteistrukturen entwickelten. Das bedauerliche war und ist geblieben, dass jede Partei für ihre Anhänger den Anspruch auf Alleingültigkeit erhob, ideologisch statt pragmatisch. In Preußen kam es durch diese Gegensätze zu derart unklaren Machtverhältnissen, dass ein starker Mann zwingend erforderlich wurde. Das war der Zeitpunkt für den bislang sehr unsteten Otto von Bismarck. Von den Konservativen und der Heeresführung gerufen übernahm er rigoros aber pragmatisch die Aufgaben als Ministerpräsident. Bismarck war kein Einzelfall. Die 1860er bis 1870er Jahre waren die Jahre der starken Männer: Napoleon III. in Frankreich, Disraeli in England, der Einiger

Italiens Graf Camillo Cavour. Es waren Männer, die die autokratische Führung der Vergangenheit mit der Massendemokratie der Zukunft verbanden. Kühl kalkulierende Interessenpolitik statt ideologischer Träume war ihr Markenzeichen. Weiträumiges und vorausschauendes Denken prägte ihr Handeln. So war Bismarck kein Erzkonservativer, der den Liberalismus in die Knie zwingen wollte, sondern pragmatisch genug, sich jeweils die Kräfte zu nutzen zu machen, mit denen er sein Ziel erreichen konnte. Ihm ging es um die Konsolidierung Preußens in einem unruhigen Europa, ein Ziel, das nach seiner Überzeugung nur durch die Hegemonie in Deutschland auf Kosten Österreichs zu erreichen war, aber im Einklang mit den anderen europäischen Mächten. Wie schon Wilhelm in seinem Urteil über die Nationalversammlung so kam allerdings auch Bismarck zu der bitteren Erkenntnis: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen, sondern durch Eisen und Blut“. Diese Einsicht war nicht mehr als die logische Schlussfolgerung aus den Erfahrungen vergangener Niederlagen. Die Eisen- und Blut-Metapher war aber keineswegs seine eigene Formulierung, sondern sie stammte aus einem Lied der Einheits- und Freiheitsbewegung von 1813: „Denn nur Eisen kann uns retten und erlösen kann nur Blut von der Sünden schweren Ketten, von des Bösen Übermut“. Dass Bismarck dieses revolutionäre Bekenntnis übernahm zeigte, Revolution in Deutschland und in Europa konnte zu jener Zeit nur von oben nach unten stattfinden, von unten nach oben waren sie gescheitert.

Es würde zu weit führen, alle Schritte Bismarcks bis 1870 zu diskutieren. Ihm war als kühlen Realpolitiker bewusst, dass er nicht die europäischen Großmächte gegen sich aufbringen durfte, dass er aber schrittweise Österreich ausmanövrieren musste, wenn er die Einheit Deutschlands unter Preußens Führung herbeiführen wollte. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war 1866 der Krieg gegen Österreich, das bei

Königgrätz nahe dem Dorf Sadowa in Böhmen geschlagen wurde. Bismarck vermied eine Demütigung Österreichs, er stoppte gegen den Willen des Militärs den Marsch auf Wien und drängte zum Frieden. Bismarck schrieb damals an seine Frau: „Ich habe die undankbare Aufgabe, geltend zu machen, dass wir nicht allein in Europa leben, sondern mit 3 Mächten, die uns hassen und neiden.“

Trotz der Widerstände wurde aber der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens geboren. Das Königreich Hannover, bis 1837 (Krönung von Königin Viktoria) in Personalunion mit dem Vereinigten Königreich regiert, hatte sich auf Seiten Österreichs gegen Preußen gestellt und wurde als Folge der Niederlage als Provinz Hannover von Preußen annektiert. Die Staaten Süddeutschlands sollten sich zwischen Preußen und Österreich entscheiden. Aus wirtschaftlichen Gründen aber mussten sie sich trotz ihrer Aversionen gegen Preußen an den Norddeutschen Bund anlehnen. Ein eigenständiger Weg, wie es Frankreich wollte, war unmöglich. Österreich richtete fortan seine Interessen Richtung Balkan.

Diese Entwicklung wurde in Frankreich mit großer Empörung gesehen, der Ruf „Rache für Sadowa“ wurde in Frankreich laut. Napoleon III. kam unter Druck und musste zur Sicherung seiner Machtstellung Erfolge vorweisen. Bismarck sah den Krieg mit Frankreich immer mehr für unvermeidbar an, wollte ihn aber nicht vom Zaun brechen. 1870 bot sich Napoleon ein bizarrer Anlass zur Darstellung seiner europäischen Machtstellung. Dem Spross der katholischen Seitenlinie der Hohenzollern wurde der Thron in Spanien angeboten. Der protestantische, preußische König Wilhelm winkte sehr schnell ab, doch der französische Botschafter verlangte auf der Promenade in Bad Ems Garantien vom preußischen König, dass niemals wieder ein Hohenzoller für den spanischen Thron in Frage käme. Den Bericht über dieses Gespräch nach Berlin kürzte Bismarck auf die Schlussworte, dass seine Majestät dem Botschafter nichts mehr mitzuteilen habe. Dies betrachtete Paris als Abfuhr. So bekannte

Napoleon vor seinen Ministern: „Wir haben keinen richtigen Kriegsgrund, trotzdem werden wir uns für den Krieg entscheiden müssen, um dem Willen des Landes zu gehorchen.“ Der Anlass war grotesk, aber es ging in Wirklichkeit um die Vormachtstellung Frankreichs, um die deutsche Einheit, um das zukünftige Gesicht Europas. In Deutschland löste die französische Kriegserklärung eine Welle der nationalen Gemeinsamkeit aus und entgegen den französischen Erwartungen traten auch die süddeutschen Staaten an der Seite Preußens in den Krieg ein. Das Ergebnis: die Niederlage Frankreichs bei Sedan (2. Sept. 1870), Napoleon III. ging ins Exil nach England, die endgültige französische Republik wurde ausgerufen.

Reichsgründung und Europa bis 1890

Bismarck sah in diesem Augenblick des gemeinsamen Sieges die Möglichkeit zur schnellen Reichsgründung unter preußischer Führung. Der Sieg von Sedan hatte den Widerstand Frankreichs und des übrigen Auslands gegen die deutsche Einheit gebrochen. Der von den deutschen Staaten gemeinsam errungene Sieg weckte in Deutschland erneut die Sehnsucht nach einem einheitlichen Deutschen Reich und schuf auch bei den Herrschern der deutschen Einzelstaaten die Erkenntnis, dass sie sich dem nicht mehr entgegenstellen konnten. In zähen Verhandlungen erreichte Bismarck die Zustimmung der süddeutschen Fürsten zum Eintritt in den Norddeutschen Bund und die Schaffung eines einheitlichen deutschen Reiches. Auch Bayern mit Ludwig II. konnte durch Sonderrechte wie Vizepräsidentschaft im Bundesrat, eigene Post, unabhängiges Heer in Friedenszeiten und nicht zuletzt durch erhebliche finanzielle Zuwendungen gewonnen werden. Aber auch der Preußenkönig musste erst noch überzeugt werden, den Titel „Deutscher Kaiser“ zu akzeptieren den er als Titel eines Charaktermajors ohne Rechte und Macht bezeichnete. Wenn überhaupt, dann wolle er „Kaiser von Deutschland“ sein. Das aber war den deutschen Fürsten nicht

zuzumuten, die sich als Verbündete verstanden, nicht als Unterworfenen. Sein Schwiegersohn, der Großherzog von Baden, umging das Problem, in dem er bei der Zeremonie ein „Lang lebe Kaiser Wilhelm“ ausbringt.

Warum in Versailles, warum so schnell noch vor der endgültigen Kapitulation Frankreichs (26.2.1871)? Für Bismarck war diese Stimmung des gemeinsamen Erfolges nur ein kurzes Zeitfenster. Eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt hätte die Euphorie der Gemeinsamkeit abklingen lassen, auch wäre der Ort der Reichsgründung vermutlich zu einem Problem geworden. Wären die Fürsten bereit gewesen, zu einer Proklamation nach Berlin zu kommen? Frankfurt war zu sehr mit Österreich und mit der Paulskirche verbunden. Darum handelte Bismarck schnell auf neutralem Boden und so wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles der preußische König von den deutschen Fürsten zum Deutschen Kaiser proklamiert. Die Verfassung des Deutschen Reiches trat erst am 16. April in Kraft. Sie sah eine starke Stellung der 25 Einzelstaaten durch den Bundesrat in einem Bundesstaat vor. Im Bundesrat waren 4 Königreiche (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg), 6 Großherzogtümer, 5 Herzogtümer sowie 3 Freie Städte (Hamburg, Bremen, Lübeck) vertreten. Ihm oblag das Gesetzgebungs-, Ordnungs- und Aufsichtsrecht. Preußen hatte mit 17 Stimmen ein Vetorecht, Bayern war mit 6 Stimmen die zweitstärkste Vertretung. Am 4. Dezember wurde die Währung als Goldmark vereinheitlicht. Trotz des stark föderalistischen Aufbaus des Reiches war die deutsche Öffentlichkeit begeistert, die langersehnte Einheit war verwirklicht.

Bismarcks Sorge aber galt der Zukunft Deutschlands in einem friedlichen Europa. Die Bindungskräfte im Inneren mussten auf Dauer groß genug bleiben, damit nicht aufgrund eigener Interessen von Königen und Fürsten wieder ein Auseinanderfallen in die Einzelstaaten erfolgte. Das hieß aber Wohlstand schaffen durch Wachstum und Weltgeltung. Die

wirtschaftliche Entwicklung war keine reine Blütezeit, doch wurde Deutschland zur führenden kontinentalen Wirtschaftsmacht. Dabei durften die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht ausufern, wenn sie schon nicht vollständig gelöst werden konnten. So standen die nächsten Jahre im Zeichen verschiedener Umwälzungen im Reich. Es ist ein Verdienst Bismarcks, dass er die unterschiedlichen Strömungen, teils mit Entgegenkommen und eigenen Initiativen aber auch mit Unterdrückung (Sozialistengesetz), unter Kontrolle behielt. In dieser Zeit gab es im wirtschaftlichen und im rechtlichen Bereich Reformen, die bis heute fort dauern: z.B. Sozialgesetzgebung, Bürgerliche Gesetzbuch etc.. Bismarck wird daher auch der weiße Revolutionär genannt.

Noch schwieriger war die außenpolitische Situation. Bismarck wusste, dass die anderen Großmächte diese Entwicklung voller Argwohn betrachteten und Frankreich, die Grande Nation, sich gedemütigt fühlte. Vergeblich versuchte er Kaiser und Heer von der Annexion Elsaß/Lothringens abzubringen, auch wenn es dort große deutschsprachige Gebiete gab. Außerdem erklärte er sofort, dass das deutsche Reich saturiert sei, d.h. keine Gebietsforderungen stellen würde. Sein oft als aggressiv ausgelegtes Wort „wir deutschen fürchten Gott aber sonst nichts auf der Welt“ war in Wirklichkeit ein Bekenntnis zum Frieden, denn er sagte weiter: „und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen lässt“.

Aber die Lage in der Mitte Europas konnte er nicht ändern. Dadurch geriet Deutschland zwangsläufig in das Spannungsfeld europäischer Mächte, in dem Deutschland als zusätzlicher Mitspieler und Emporkömmling als störend empfunden wurde. In Afrika und Südasien waren Frankreich und England Rivalen, in Zentralasien und Persien Rußland und England. Auf dem Balkan trafen die russischen Ausdehnungsbestrebungen auf den Widerstand Österreich-Ungarns, Italien und Österreich waren Rivalen um Südtirol

und an der österreichischen Adriaküste, in Nordafrika kam es zu Spannungen zwischen Italien und Frankreich.

All diese Interessenkonflikte betrafen Deutschland nicht direkt, doch formten sie die Bündnisse und Fronten um Deutschland herum. Nur Frankreich war eine direkte Bedrohung. Frankreich war entschlossen, Revanche für die Niederlage gegen Deutschland zu nehmen, Elsaß/Lothringen zurückzugewinnen und die alte Vormachtstellung auf dem Kontinent wieder zu erlangen. Ziel der französischen Außenpolitik in Europa war daher die Isolierung Deutschland durch antideutsche Bündnisse. Daran konnten auch pragmatische Politiker in Frankreich nichts ändern. Der ideale Partner dafür schien Rußland. Da es für Bismarck unmöglich war, diese gefährliche Situation an der französischen Grenze zu entschärfen, versuchte er, zumindest die Gefahr im Osten einzudämmen. Mit dem Dreikaiserabkommen von 1873 hoffte er, ein französisch-russisches Bündnis verhindern zu können. Doch das Abkommen war wegen der konkurrierenden Interessen zwischen Österreich und Rußland auf dem Balkan instabil. Aus dieser Konfliktsituation hielt er sich heraus, indem er Deutschlands absolutes Desinteresse am Balkan deutlich machte u.a. 1876 mit den Worten: „Die Balkanfrage ist nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert.“ Das ermöglichte ihm, die Balkankrise von 1877/78 auf dem Berliner Kongress als neutraler Vermittler zu lösen. Allerdings fühlte sich Rußland um seine Erfolge gegen das osmanische Reich gebracht, da es den angestrebten Zugang zu den Dardanellen nicht erreichte und betrachtete Deutschland als Hauptschuldigen. Zum Schutz gegen diese Gefahr setzt Bismarck 1879 den Zweibund mit Österreich durch, der die Mächte zu wechselseitiger Hilfe bei einem russischen Angriff verpflichtet. Das veranlasste Rußland zum Einlenken und es kam 1881 zur Erneuerung des Dreikaiserabkommens in Form des Dreikaiserbündnisses. Da sich aber die Gegensätze zwischen Österreich und Rußland verschärften lehnte Rußland die Erneuerung dieses

Dreikaiserabkommens ab. Bismarck gelang es 1887 trotz erheblicher Widerstände in Rußland und einer Pressekampagne gegen Deutschland, mit dem prodeutschen Außenminister das geheime Rückversicherungsabkommen abzuschließen. Darin verpflichteten sich beide Seiten zur wohlwollenden Neutralität, falls Rußland unprovokiert von Österreich und Deutschland unprovokiert von Frankreich angegriffen würden. Ausgenommen waren demnach ein deutscher Angriff gegen Frankreich und ein russischer Angriff gegen Österreich. Des Weiteren erkannte Deutschland die sogenannten „historischen Rechte Rußland auf dem Balkan“ an und sicherte im „Ganz Geheimen Zusatzprotokoll“ Rußland moralische und diplomatische Unterstützung für den Fall zu, wenn Rußland seine Interessen am Zugang zum Mittelmeer durchsetzen wollte. Das hätte Deutschland aber in Konflikt mit Österreich, den Mittelmeeranrainern und England gebracht, die einen Zugang Rußlands zum Mittelmeer verhindern wollten. Daran entzündete sich auch die innerdeutsche Kritik. Die Zusicherung Rußlands zur wohlwollenden Neutralität dagegen war recht wenig und unpräzise zumal Rußland sicher kein Interesse daran hatte, wegen Elsaß/Lothringen mit Deutschland einen Krieg zu beginnen. Andererseits band sich Deutschland im erheblichen Maße zu Lasten seiner Beziehungen zu anderen Staaten. Warum sollten die Deutschen Österreich gegen Rußland und Rußland gegen Österreich schützen und sich selbst in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränken? Die Skepsis gegen diesen Vertrag blieb.

Als die Franzosen sich in Tunis festsetzen sehen die Italiener ihre Kolonialpläne in Nordafrika gefährdet und bitten um Aufnahme in den Zweibund. Durch diesen Dreibund konnten aus deutscher Sicht die gefährlichen Spannungen zwischen Österreich und Italien um Südtirol und die österreichische Adriaküste unter Kontrolle gehalten werden. Außerdem vermittelte Bismarck das Mittelmeerabkommen zwischen England, Italien und Österreich. So war über den

Dreibund Deutschland auch indirekt mit England verbunden. Gegenüber England nahm er Rücksicht auf dessen Kolonialpolitik, indem er sich aus dem Wettlauf um koloniale Besitztümer in Afrika und dem Pazifik heraushielt.

Doch gerade die Zurückhaltung gegenüber England wurde immer schwieriger. Die zunehmende Industrialisierung, die Bevölkerungsexplosion und die Rezession in den 80er Jahren zwangen Deutschland zum Handeln. Der Nachfolger Bismarcks von Caprivi drückte das später so aus: „Wir müssen exportieren, entweder Menschen oder Waren. Mit dieser steigenden Bevölkerung ohne zunehmende Industrie sind wir nicht in der Lage, weiterzuleben.“ Dadurch geriet Deutschland in Konkurrenz zur Wirtschaftsmacht und Kolonialmacht England. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatte eine Auswanderungswelle Deutschland erfasst, die sich schwerpunktmäßig nach den USA ausrichteten. Angesichts der Tatsache dass „ungeheure Ländermassen in den verschiedensten Weltteilen zur Verteilung kommen“ (Publizist Hans Delbrück), ergab sich auch für das junge deutsche Reich die Aussicht, Siedlern in afrikanischen Gebieten eine neue Existenz zu ermöglichen und gleichzeitig neue Exportmärkte und Rohstoffvorkommen zu sichern.

Dies erschien gerade dem deutschen Mittelstand sehr verführerisch. Obwohl Bismarck ein Gegner der Kolonialpolitik war, weil er Interessenkonflikte mit den europäischen Kolonialmächten vermeiden wollte, konnte er sich diesen Ambitionen nicht ganz verschließen. Auch wurde er gerade durch das provozierende Verhalten Englands zu entsprechenden Entscheidungen gezwungen, wie die Gründung der Kolonie Deutsch-Südwestafrika zeigt. 1882 entsandte der Bremer Kaufmann Lüderitz seinen jungen Kompagnon Vogelsang nach Kapstadt, um Siedlungsmöglichkeiten zu erkunden. Von dort kam er in Verbindung mit dem Nama-Kaptein Frederiks II, der der Firma Lüderitz die Bucht von Angra Pequena und das Land im Umkreis von 5 Meilen verkaufte. In einem weiteren Vertrag

wurde das Gebiet auf 20 Meilen von der Küste zwischen dem Oranje-Fluss und dem 26. Breitengrad erweitert. Daraufhin bat Lüderitz das deutsche Auswärtige Amt um Schutz für seine Besitzungen. Bismarck fragte offiziell die britische Regierung, ob sie Ansprüche auf das Gebiet erhebe. Aus London kam die schroffe Antwort, dass es keinem Land gestatten würde, irgendwo zwischen Angola und der Kap-Kolonie Fuß zu fassen. Auf die Anfrage Bismarcks, ob die britischen Behörden den Schutz deutscher Siedler in dem Gebiet übernehmen würden, kam monatelang keine dann ein schroffe abweisende Antwort. So sah Bismarck sich genötigt, das Gebiet unter deutschen Schutz zu stellen und eine Schutztruppe zu entsenden. Das Gebiet wurde zur deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). In ähnlicher Weise wurden die Erwerbungen des Kaufmanns Woermann in Kamerun und Togo zu deutschen Kolonien.

Da England in diesen Jahren größere koloniale Konflikte in Fernost und mit Frankreich in Afrika hatte, erschienen die relativ kleinen Besitznahmen deutscher Siedler unbedeutend und England gab nach. Das Anwachsen der deutschen Wirtschaft wurde allerdings weiterhin kritisch vermerkt und 1887 erließ das britische Parlament die Vorschrift, dass ausländische Produkte gekennzeichnet werden müssten (Made in Germany), um damit die vermeintlich minderwertigen deutschen Produkte beim Export zu behindern. Trotz der wirtschaftlichen Konkurrenz entwickelten sich die Beziehungen zu England aber zunächst weiter positiv. Welchen Einfluss dabei das gute Verhältnis von Königin Viktoria zu ihrem Enkel Wilhelm II hatte, ist nicht bekannt, es hielt aber sicher die antideutschen Stimmen in Grenzen.

Aber Bismarck wusste, wie fragil dieses Gebilde von Bündnissen war. Wenn nur an einer Stelle der Welt sich die Interessenlage änderte, konnte der erste Stein aus dem System ausbrechen und alles in Frage stellen. Daher war eine militärische Stärke zwingend erforderlich, um für potentielle

Angreifer das Risiko so hoch wie möglich zu machen. Dazu kam, dass die Rezession der 80er Jahre sich weiter verschärfte. Als 1889 ca. 140.000 Bergleute streikten, wollte Bismarck die Situation mit dem Ausnahmezustand unter Kontrolle behalten, doch der junge Kaiser Wilhelm II. empfing eine Arbeiterdelegation. Er wollte nicht die ersten Regierungsjahre mit dem Blut seiner Untertanen färben, wie er sagte. Die Ära Bismarcks ging am 17. März 1890 zu Ende. Zu seiner Zeit war er gefeiert, gefürchtet und verdammt. Seine Weitsicht, sein Pragmatismus, seine Ausgleichspolitik bescherten dem Reich trotz der Widerstände der anderen europäischen Mächte eine lange Zeit des Friedens. Die Gegensätze konnte er aber nicht beseitigen.

Deutsche und europäische Entwicklung nach Bismarck

Nach der Entlassung Bismarcks setzte von Caprivi – ein befähigter General und Mann des Ausgleichs – weiterhin auf Vertrauensbildung nach außen. Deutsche Politik hieß für ihn, innere Reformen und friedliche Weltpolitik. Der neue Kurs brachte mehr Sozialpolitik, mehr Industriepolitik und damit mehr industrielle Arbeitsplätze und mehr Wachstum. Nach 4 Jahren scheiterte er aber am Widerstand der landwirtschaftlichen Lobby, die sich gegen die neue Entwicklung stemmte. Die Grundzüge der deutschen Außenpolitik blieben aber zwangsläufig von der Feststellung Caprivis geprägt, dass Deutschland Menschen oder bzw. und Waren exportieren müsse, wenn es das Überleben der Bevölkerung sichern wolle, d.h. Deutschland brauchte Siedlungsgebiete sowie Rohstoffquellen und Exportmärkte. Dies kam in der Rede des Staatssekretärs des Äußeren von Bülow 1897 zum Ausdruck: „Die Zeiten, in denen Deutschland dem einen Nachbarn die Erde überließ und dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, sind vorüber. Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber auch wir verlangen unseren Platz an der Sonne“.

Auf dem Kontinent strebte Frankreich weiterhin ein antideutsches, festes militärisches Bündnis mit Rußland an, weil es keine weltweiten gravierenden Interessenkonflikte mit Rußland sah. Daher bot es auf dem Balkan Rußland weitgehend freie Hand an, stärkte das russlandfreundliche Serbien durch Kredite. Auch wurden Rußland selbst Kredite angeboten. Trotzdem war Rußland zunächst desinteressiert, weil es davon ausgehen konnte, dass bei einem Krieg mit Deutschland in jedem Fall Frankreich als zweite Front für Deutschland bedrohend blieb, auch ohne formelles Bündnis. Diese Haltung änderte sich erst, als 1890 die deutsch-britischen Beziehungen mit dem Helgoland-Sansibar-Vertrag einen Höhepunkt erreichten. In Rußland konnte sich die antideutsche Fraktion mehr und mehr Gehör verschaffen. Als der Rückversicherungsvertrag zur Verlängerung anstand, setzte in Rußland erneut wie beim ersten Abschluss eine Pressekampagne gegen Deutschland ein und stärkte die antideutsche Fraktion in der russischen Diplomatie. Das wiederum bestärkte die deutsche Skepsis gegen den Nutzen des Vertrages, die schon 1887 laut geworden war. So unterblieb 1890 die Verlängerung durch von Caprivi.

Als dann 1891 der deutsche Kaiser mit Lobeshymnen in London empfangen wurde, die persönlich guten Beziehungen zwischen Königin Viktoria und ihrem Enkel betont wurden und in der britischen Presse die Vereinigung der starken britischen Marine mit der Stärke Deutschlands gefeiert wurde, sah es aus russischer Sicht so aus, als ob England, der Rivale im Fernen Osten und Zentralasien, im Begriff war, sich mit seinem mächtigen Nachbarn im Westen und damit auch mit Österreich, dem Rivalen auf dem Balkan, zu verbünden. Nun war Rußland bereit, ein Militärbündnis mit Frankreich abzuschließen (1892). Das brachte Deutschland in die Zweifrontensituation, ohne dass dies durch wirkliche Unterstützung Englands kompensiert wurde. Der Kolonialminister Chamberlain setzte sich zwar für ein Bündnis mit Deutschland ein, doch wurde das von beiden Seiten nicht

ernsthaft diskutiert. Aus deutscher Sicht blieb die Skepsis, dass man dann England international unterstützen müsse, im Ernstfall aber kaum britische Truppen an der Seite Deutschlands auf dem Kontinent kämpfen würden. Diese Erfahrung hatte bereits Friedrich der Große im siebenjährigen Krieg gemacht.

Die euphorische Annäherung an Deutschland war auch nicht von Dauer. In London gewann die antideutsche Fraktion die Oberhand. Die aufsteigende Wirtschaftsmacht Deutschland störte ihre wirtschaftlichen Kreise. Die Diskriminierung deutscher Produkte durch das „Made in Germany“ hatte sich ins Gegenteil umgekehrt.

Auch in den Überseegebieten gab es zunehmend Interessenkonflikte. 1895 forderte der Premier der Kappkolonie Cecil Rhodes die Annexion der Burenrepublik Transvaal, obwohl die Unabhängigkeit Transvaals international auch von England garantiert war. Weil deutsche Siedler in der Wirtschaft von Transvaal eine wichtige Rolle spielten und den deutschen 1/5 des investierten Kapital gehörten, hatte Deutschland ein starkes Interesse an der Unabhängigkeit des Landes. Der britische Botschafter deutete wegen dieses Konfliktes einen britisch-deutschen Krieg an, wenn Deutschland nicht nachgibt. 1895 überfiel Jameson die Republik Transvaal, mit Wissen der britischen Regierung, erlitt aber eine katastrophale Niederlage. Zum Jahreswechsel schickte die deutsche Regierung ein persönliches Telegramm des Kaisers an den Präsidenten von Transvaal - die Krüger-Depesche, in dem sie neben den guten Wünschen zum Neuen Jahr auch dazu gratulierte, dass das Land „ohne an die Hülfe befreundeter Mächte zu appellieren die Unabhängigkeit verteidigen konnte“. Das löste in England einen Sturm der Entrüstung aus. Deutschland vermied es, sich in den Konflikt einzumischen und intervenierte während des Burenkrieges (1899-1902) nicht zugunsten von Transvaal.

1897 drohte der britische Staatssekretär des Foreign Office Sir Bertie dem deutschen Botschafter: „Eine Blockade von